
Desaströse Marktlage bringt Schweinehalter an den Abgrund

8-Punkte-Plan zur Rettung der heimischen Schweinefleischversorgung

München, 14.07.2026

Die ohnehin angespannte Marktlage für die landwirtschaftlichen Erzeuger durch erheblich gestiegene Kosten für Dünge-, Futtermittel und Energie hat sich aktuell bei den Schweinehaltern durch einen saisonuntypischen heftigen Preisrutsch in eine dramatische Krise entwickelt. Der Schlachtschweinepreis ist in den letzten vier Wochen um 20 Cent auf 1,40 € / kg Schlachtgewicht und der Ferkelpreise um 20 € auf 30 € abgestürzt.

Das jetzige Preisniveau ist ruinös und existenzbedrohend für Schweinemäster und Ferkelerzeuger. Bei diesen Preisen können nicht einmal mehr die variablen Kosten gedeckt werden. Zudem ist die Liquidität vieler Schweinehalter nicht mehr gesichert.

Wenn den Schweinehaltern die Luft ausgeht, zerreißt die gesamte Wertschöpfungskette und wir verlieren die heimische Schweinefleischversorgung. Politik und Marktpartner müssen sofort und konsequent handeln. Konkret fordert das BBV-Präsidium deshalb:

1. Liquidität sichern – nur Akuthilfe kann sofortiges Aus vieler Betriebe verhindern

Es gilt, die Liquidität für die Schweinehalter schnell zu unterstützen, bevor es zu spät ist:

- Liquiditätshilfeprogramm mit Zinszuschüssen: Das Liquiditätshilfeprogramm der Rentenbank war ein erster Schritt, reicht aber für die akute Notlage der Schweinehalter nicht aus. Es braucht deutlichere finanzielle Unterstützung in Form eines Zinszuschusses durch die Bundesregierung.
- Steuerliche Hilfsmaßnahmen: Die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung sind gefordert, rasch die zinslose Stundung von anfallenden Steuerzahlungen und die Anpassung der Steuervorauszahlungen zu ermöglichen sowie von der Vollstreckung anstehender Steuerzahlungen abzusehen.
- Abschlagszahlung auf die Direktzahlungen: Dringend erforderlich für eine schnelle Hilfe in dem durch den heftigen Preisrutsch ausgelösten dramatischen Liquiditätsengpass der Schweinehalter ist auch eine Abschlagszahlung auf die Direktzahlungen in Höhe von mindestens 50 Prozent im Oktober. Dies ist EU-rechtlich möglich. Den nötigen Verzicht der EU auf Vorabkontrollen muss die Bundesregierung erwirken.

Der BBV fordert darüber hinaus, dass die Bundesregierung die von der EU auf den Weg gebrachte Soforthilfe für die massiven Kostensteigerungen für die Düngung in Höhe von 60 Mio. € für Deutschland sofort im Herbst 2026 auf das mögliche nationale Maximum von 180 Mio. aufstockt und einfach z.B. über die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft an die Betriebe auszahlt.

2. Gleichklang in der EU - keine Benachteiligung für deutsche Schweinehalter

Im EU-Binnenmarkt führen nationale Alleingänge und damit höhere Anforderungen für die Schweinehalter in Deutschland im Vergleich zu wichtigen EU-Mitwettbewerbern zu Wettbewerbsverzerrungen, die deutsche Schweinehalter ins ökonomische Abseits führen. Konkret zeigt sich dies in den nationalen verschärften Vorgaben für das Deckzentrum ab 2029 und für den Abferkelbereich ab 2036. In der gerade veröffentlichten EU-Nutztierstrategie erklärt die EU-Kommission, konkrete Gesetzesvorschläge für EU-weit gültige Vorgaben für die Beendigung von Kastenständen bei Schweinen frühestens bis zum 2. Quartal 2027 zu machen. Mit Blick auf die Dauer politischer Entscheidungen in Brüssel und dann notwendiger Übergangsfristen auf EU-Ebene wären deutsche Schweinehalter mit den bestehenden nationalen Vorgaben in den kommenden Jahren im innereuropäischen Wettbewerb massiv benachteiligt. Statt Weiterentwicklung unserer Schweinehaltung wäre das Ergebnis, dass viele Sauenhalter aufhören und die Ferkelerzeugung ins Ausland abwandert. Das ist inakzeptabel. Deshalb fordert der BBV, dass Deutschland seine momentan geltenden nationalen Umbaufristen aussetzt und dann die noch zu beschließenden EU-weiten Fristen übernimmt.

3. Willkommenskultur für Investitionen in die Schweinehaltung

Ernährungssicherung ist nur möglich, wenn heimische Erzeugung sichergestellt ist. Insbesondere in der Schweinehaltung steht das auf dem Spiel. Daher brauchen wir dringendst eine Willkommenskultur für Investitionen in die heimische Schweinehaltung. Dies muss im Emissionsrecht (z.B. EU-Industrieemissionsrichtlinie) und im Baurecht beginnen und dann bis zur Genehmigungspraxis vor Ort in den Landkreisen reichen. Statt die Betriebe mit Kosten und Bürokratie von Investitionen abzuhalten, sollte ihnen der rote Teppich ausgerollt werden. Denn sie wollen in den Wirtschaftsstandort Deutschland investieren und dies in einem Sektor, der zur kritischen Infrastruktur gehört.

4. Förderung: Insbesondere Sonderprogramm für Sauenhalter

Nachdem Ende August 2026 das Bundesförderprogramm für die Sauenhaltung ausläuft, ist dringend ein neues, einfaches und attraktives Förderprogramm notwendig. Gerade in der Sauenhaltung besteht ein Investitionsstau, der dringend aufgelöst werden muss. Außerdem müssen die Sauenhalter unterstützt werden, damit sie durch Um- oder Neubau die zukünftig höheren Tierwohlanforderungen für Deckzentrum und Abferkelbereich bewältigen können. Der BBV fordert die Bundesregierung auf, die zu erwartenden Mehreinnahmen aus geplanten Steuererhöhungen (z.B. Tabak- und Zuckersteuer) dafür einzusetzen.

Darüber hinaus gilt es, im voraussichtlich ab Herbst 2026 wieder beantragbaren bayerischen Sonderprogramm Landwirtschaft (BaySL) z.B. den Kauf von Waschrobotern als Fördertatbestand aufzunehmen. Wichtig für Schweinehalter, die in höhere Haltungsformstufen investiert haben, ist darüber hinaus der Erhalt und die Verstetigung (statt derzeit jährlicher Antragstellung) des Förderprogramms BayProTier.

5. Mehr Verbindlichkeit und Fairness entlang der Wertschöpfungskette

Der Lebensmitteleinzelhandel wie auch der Außer-Haus-Verzehr muss sich zu heimischem bzw. bayerischem Schweinefleisch (Geprüfte Qualität Bayern / Bayerisches Biosiegel) bekennen und Billig-Offerten aus dem Ausland widerstehen.

Darauf aufbauend gilt es verbindliche Vereinbarungen (z.B. Anliefermanagement) entlang der Wertschöpfungskette voranzubringen, um Marktrisiken nicht einseitig auf die Erzeugerseite abzuwälzen bzw. die Resilienz der Erzeugerstufe zu stärken. Hier ist jeder in der Kette gefordert, sich verantwortlich zu verhalten. Sonst sägt er an dem Ast, auf dem er sitzt. Denn ohne heimische Schweinehalter zerfällt die gesamte Wertschöpfungskette Schweinefleisch.

Wichtig ist es, die Schweinehalter gerade jetzt nicht noch mit zusätzlichen Anforderungen zu belasten. Seit Anfang des Jahres ringen wir in Gesprächen mit dem Lebensmitteleinzelhandel darum, den Übergang von der Fondslösung zur Marktlösung (so genannte Nämlichkeit) bei der Brancheninitiative Tierwohl (ITW) machbar für die Schweinehalter zu gestalten. Insbesondere in Anbetracht der aktuellen Krise muss das Zeitfenster über den 1.1.2027 hinaus verlängert werden. Genauso wichtig ist es aber auch, die Empfehlung für die Preiszuschläge aufrecht zu erhalten und keine weiteren Auflagen in die Initiative Tierwohl aufzunehmen.

6. Transparenzoffensive durch verpflichtende Herkunftskennzeichnung

Insbesondere vor dem Hintergrund neuer Handelsabkommen der EU und unterschiedlicher Anforderungen an die Erzeugung innerhalb der EU muss die verpflichtende Herkunftskennzeichnung erweitert werden. Sie kann einen Mehrwert für die Landwirtschaft und mehr Transparenz für die Verbraucher schaffen. Daher fordert der BBV verpflichtende Herkunftskennzeichnung auch für die Primärzutaten von verarbeiteten Lebensmitteln sowie den Außer-Haus-Verzehr.

7. Absatz- und Imagewerbung verstärken

Mit Unsere bayerische Bauern (UBB), alp Bayern (Agentur für Lebensmittel-Produkte Bayern) und der Brancheninitiative Fleisch existieren wichtige Ansätze für die Imagearbeit und Absatzwerbung für heimisches Schweinefleisch. Die aktuelle Krise macht jedoch deutlich, dass es nötig ist, in den Budgets dieser wichtigen Organisationen Reserven anzulegen, damit dann im Fall von Krisen wie der aktuellen Finanzmittel für ad hoc Kampagnen vorhanden sind. Für die Situation jetzt appelliert der Bayerische Bauernverband an die Bayerische Staatsregierung, kurzfristig über die alp Bayern – und gerne in Zusammenarbeit mit UBB – eine Werbekampagne für bayerisches Schweinefleisch umzusetzen.

8. Exportmärkte ausbauen

Ergänzend zum Inlands- und EU-Markt können und müssen auch Exportmöglichkeiten zur Wertschöpfung bei Schweinefleisch beitragen. Gerade bestimmte Teilstücke finden im heimischen Markt keine Abnehmer, sind aber zum Beispiel in asiatischen Ländern gefragte Delikatessen. Daher ist die von Bundesminister Rainer ins Leben gerufene Exportstrategie ein wichtiger Ansatz. Insbesondere die Wiederöffnung von Drittstaatenmärkten wie zum Beispiel China und Japan durch Regionalisierungsabkommen muss weiter vorangetrieben und schnell zum Erfolg geführt werden.

Das Präsidium des Bayerischen Bauernverbandes erwartet, dass Politik und Marktpartner ihre Verantwortung für die Sicherung der heimischen Schweinefleischversorgung ernst nehmen und die dazu dringend nötigen Maßnahmen schnell und konsequent umsetzen.